Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 2 (1982)
Heft: 3

Artikel: Zum Konflikt in der Partei der Arbeit Zürich
Autor: Cahannes, Franz / Kuster, Robert / Rauber, Urs
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-652012

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

rogativi proposti a un convegno dell'Istituto Gramsci. In: Rinascita No. 12 + 13, 1982

Boffito, C. Le radici economiche della crisi. In: Rinascita No. 13, 1982

Zum Konflikt in der Partei der Arbeit Zürich

Der WIDERSPRUCH-Leser erinnert sich an den Beitrag von Roman Seiler zum Thema „Krise der Parteien" in Heft 2 mit dem Titel „Autonome Subjekte statt Gremien", in welchem sich der Verfasser kritisch mit dem demokratischen Zentralismus auseinandersetzte. In der in diesem Artikel diskret angesprochenen PdA – insbesondere in der Sektion Limmat – ist der Artikel gelesen worden.
Reaktionen liessen nicht auf sich warten: Autor Seiler und WIDERSPRUCH-Redaktionsmitglied Cahannes – beide Mitglieder der Sektion Limmat – wurden des „parteischädigenden Verhaltens" bezichtigt. Diesen Vorwurf wiesen sie mit Entrüstung und mit Unterstützung eines beträchtlichen Teils der Sektionsmitglieder zurück. Eine immer schärfer und unsachlicher werdende Kontroverse mündete schliesslich in eine echte und schwere Krise, die mittlerweile die ganze Zürcher Partei erfasst hat und die vom zentralistisch-dogmatischen Flügel dazu benutzt worden ist, alle kritischen Mitglieder aus den leitenden Gremien zu entfernen.
Resultat: die Zürcher Partei hat sich – ähnlich wie von Seiler beschrieben – weiter verhärtet und die beschuldigten Genossen Seiler und Cahannes wurden wegen „Entgleisungen" (Vorwärts, 29.4.82) aus der Partei ausgeschlossen. Mit ihnen steht ein grosser Teil der *aktiven* Parteimitglieder einem verhärteten, dogmatischen Klima und einer eigentlichen ideologischen „Säuberung" in der Partei gegenüber.
Ein Dutzend Genossen aus der Sektion Limmat hat sich zusammen mit den Ausgeschlossenen und weiteren Sympathisanten zu einer neuen – bisher noch nicht anerkannten – „Sektion Sihl der PdAZ" zusammengeschlossen. Andere haben sich in einem Manifest kritisch zum Konflikt geäussert.
Soweit die Tatsachen und Ereignisse. Für ein grundsätzliches, wissenschaftliches Verständnis der Hintergründe genügen indes die Schilderungen einzelner Vorkommnisse und Verhaltensweisen nicht.

Es ist klar, dass solch schwere Krisen in einer Partei nicht lediglich durch einen WIDERSPRUCH-Artikel verursacht werden, ebensowenig wie man das

Verhalten einzelner Exponenten als tieferen Grund solcher Erschütterungen bezeichnen wird. Vielmehr sind es die Aspekte, die schon im Ensemble der Artikel in WIDERSPRUCH 1 angeschnitten wurden, welche die tiefe Krise der PdAZ markieren.

Man mag hier einwenden, eine Beschäftigung mit der PdA Zürich – einer Partei, deren Wählerpotential mittlerweile unter die 1 % abgesunken ist, deren Einfluss in den Gewerkschaften gering ist, die in die neuen sozialen Bewegungen keinerlei Ausstrahlung hat – lohne sich nicht mehr..

Für uns sprechen allerdings – neben unserer Mitgliedschaft in der PdA – dennoch einige Gründe gegen diese Auffassung:

- *gesamtschweizerisch* ist die PdAS nach wie vor eine politische Kraft, deren Einfluss auf der Linken gewiss nicht überschätzt, allerdings auch nicht unterschätzt werden sollte.
- die PdA beinhaltet eine bestimmte *Tradition* linker – nämlich kommunistischer – Politik; einen historischen Strang in der Arbeiterbewegung, von dessen endgültigem Scheitern wir nicht überzeugt sind, der international immer wieder seine Erneuerungsfähigkeit bewiesen hat – ebenso wie er natürlich auch Erstarrungen, Dogmatismus, Verhärtungen, Sektierertum tagtäglich beweist. Die Attacken des Bürgertums auf die Mitglieder der PdA mittels Berufsverboten etc. sind ebenfalls ein Zeugnis für den spezifischen Standort dieses Flügels der Arbeiterbewegung.
- schliesslich sind wir auf Grund der Hoffnung auf die *Erneuerungsfähigkeit* der kommunistischen Bewegung in die PdA eingetreten. Es gilt zu untersuchen, inwieweit die akute Krise der PdAZ auch Probleme der PdAS und der kommunistischen Bewegung wiederspiegelt.

1. Verhältnis von PdAS und PdAZ

Eine der Hauptschwächen der PdAS ist es, dass sie sich in den vergangenen 30 Jahren nie bemühte, ein theoretisches Fundament für ihre Politik zu finden. Nicht nur lag die eigene Schulungsarbeit jahrzehntelang völlig darnieder, nicht nur gab es keine theoretische Zeitschrift der Partei – sondern es gab auch keine eigenen Studien über die Gewerkschaftsbewegung, die neuen sozialen Bewegungen, die Umbrüche im internationalen Rahmen (Bewegung der Blockfreien, Neue Weltwirtschaftsordnung). Derart *handgestrickte Politik* pendelt immer zwischen der Übernahme der Lesart anderer kommunistischer Parteien (international nur zu häufig der KPdSU) und dem – abstrakten – Beharren auf den nationalen Bedingungen, dem eigenen Weg etc. Die Chancen, die der 20. Parteitag der KPdSU, später die Berliner Konferenz 1976 international oder die 68er Bewegung, die Frauen- und Anti-Atomkraftwerk-Bewegung national geboten hätten, wurden so nicht genutzt.

Wie bereits in früheren Jahren üblich, sind auch die in letzter Zeit erfolgten und politisch motivierten Austritte von Mitgliedern aus der PdA nie Gegenstand politischer und ideologischer Reflexion geworden.

So formulierte z.B. das schweizerische Zentralkomitee (ZK): „Die PdAS ihrerseits ist überzeugt, dass das Ziel des Sozialismus in der Verwirklichung

und Erweiterung der Freiheiten besteht. Deshalb betrachtet sie deren Beeinträchtigung, selbst wenn Konzeption und Inhalt dieser Freiheiten entsprechend der geschichtlichen Entwicklung jedes Volkes von Land zu Land verschieden sind, als nicht annehmbar. Die Konfrontation der Ideen muss vor allem auf dem Gebiet der ideellen Auseinandersetzung und nicht mit Administrativ- und Unterdrückungsmassnahmen geführt werden." (Vorwärts, 3.3.77) Dennoch erlaubte sich Hansjörg Hofer (Mitglied des ZK und der Parteiführung) anlässlich der Prozesse gegen sowjetische Dissidenten im Sommer 1979 am Schweizer Radio zu erklären: „Jeder Staat hat ein Recht auf Repression."
Innerhalb des breiten Spektrums der Partei vertraten die führenden Exponenten der PdAZ meist eine dogmatische Linie und so ist es verständlich, dass die Partei immer mehr Einfluss – gerade unter der Jugend – einbüsste und dass die unentschiedene Haltung der PdAS die Zürcher Exponenten des Konservativismus stärkte. Vor diesem – verkürzten – Hintergrund ist die aktuelle Auseinandersetzung zu sehen.

2. Demokratischer Zentralismus

Das Lenin'sche Prinzip der kommunistischen Parteiorganisation, der demokratische Zentralismus, ist einer der strittigen Punkte. Das Problem steckt dabei einerseits in der an sich schon widersprüchlichen Kombination der Begriffe „demokratisch" und „Zentralismus", andererseits aber auch in der Frage, inwieweit ein Parteiaufbauprinzip, das sich explizit auf eine Situation von Staat bezog (mit einer Dominanz des Zwangsapparates), heute noch sinnvoll und gerechtfertigt ist.
Wir halten in der Tat die Frage der Organisation der Partei für diskussionswürdig: Nicht, weil wir die Notwendigkeit, Beschlüsse zu fassen und diese durchzuführen bestreiten würden, auch nicht, weil wir Lust an „endlosen Diskussionen" hätten. Nein: weil die soziale Realität zeigt, dass die verschiedenen Einflüsse der sozialen Bewegungen in der Partei verarbeitet werden müssen und weil die daraus resultierende neue Strategie möglicherweise nicht ohne Einfluss auf die Parteikonzeption sind.
Demgegenüber wird von den Traditionalisten die jahrzehntelange Erfahrung der kommunistischen Parteien hervorgehoben, garniert mit Zitaten von Lenin und unter Anführung der negativen Erfahrungen der Sozialdemokratie mit ihren verschiedenen Flügeln und Strömungen. Damit entwickelt sich in der Partei immer wieder so etwas wie ein „Machtkampf", der dem früher vorgestellten Kampf um die Staatsmacht äusserst ähnlich sieht: die progressive Minderheit wird, will sie ihre Anschauungen überhaupt richtig zur Diskussion bringen, gerade auf die Ebene dieses Machtkampfes *gezwungen*.
Ausser Betracht fällt bei dieser traditionellen Konzeption allemal, dass Motivation, Militanz und Disziplin letztlich eher durch Konsens als durch Zwang befördert werden.

3. Internationale Orientierung

Die Diskussion über die nationale und internationale Orientierung der kommunistischen Parteien ist in Europa seit Mitte der 70er Jahre erneut aufgebrochen. Diese Diskussion ist nicht nur Ausdruck der potentiellen Regierungsfähigkeit der kommunistischen Parteien Spaniens, Italiens und Frankreichs (besonders in den Jahren 1975-1977), sondern vor allem Ausdruck des Prozesses, der hinter dieser Regierungsfähigkeit steht: tiefgreifenderes Verständnis der nationalen Bedingungen, des eigenen Weges, breitere und konkretere Bündnispolitik, Anerkennung des Pluralismus in der Arbeiterbewegung um nur einige Stichworte zu nennen. Nicht zu übersehen sind auch die zum Teil traurigen Erfahrungen mit dem realen Sozialismus, seinen Krisen und seinen repressiven Massnahmen.
Die Kritik an der sowjetischen Politik wurde zwar in manchen Fragen politisch klar und ohne falsche Rücksichten geäussert und der „Kommunismus im eigenen Lande" wurde zur ersten Priorität, ohne allerdings die internationalen Beziehungen aufzukündigen.
Dass die PdAS in diesem Problemkreis dennoch sehr diffuse Positionen bezog, haben wir bereits erwähnt. So wurden brisante Fragen zwar nach aussen relativ „autonom", nach innen aber nach wie vor „sowjet-prioritär" behandelt. Zu wichtigen Fragen z.B. zu Afghanistan und zu Polen wurde nie eine parteiweite Diskussion eröffnet, sondern in einzelnen Sektionen wurden Referenten der DKP eingeladen, die ihre sowjetkonforme Analyse vortrugen.
Die entsprechende Desorientierung der Mitglieder blieb nicht aus und die ohnehin schon eingeschränkte Glaubwürdigkeit der Parteicommuniqués zu internationalen Fragen schrumpfte bis zur Lächerlichkeit zusammen. Einen absoluten Höhepunkt erreichte diese Desorientierung nach dem 13. Dezember 1981, als die PdA-Basel-Stadt einerseits, die PdA-Tessin und Neuenburg andererseits diametral verschiedene Positionen zu Polen einnahmen.

4. Rolle und Funktion der Partei

Konsens herrscht in der Partei wohl darüber, dass die Partei auch als Organisationsprinzip von grosser Bedeutung ist. Allerdings beginnen sogleich auch die Differenzen: ist die Partei Selbstzweck oder Mittel zum Zweck der Veränderung der Gesellschaft?
Psychologisch muss begriffen werden, dass für viele der Eintritt in die Partei den Bruch mit der bestehenden Gesellschaft bedeutet, d.h. oftmals Verzicht auf Karrieren, Bruch alter Freundschaften, unsichere Perspektiven. Die Ghettoisierung der Partei führt bei vielen Mitgliedern dazu, dass sie diese Aussenseiterrolle nur durch das Bewahren „fester Standpunkte", eines massiven „Parteiegoismus" etc. ertragen und bei Krisen sich dem Prinzip „die Partei hat immer Recht" unterwerfen.
Wir halten demgegenüber fest, dass unter den herrschenden Bedingungen die Wirkungsmöglichkeiten für eine kommunistische Partei auch in der Schweiz durchaus gegeben sind; die Ghettoisierung kann durchbrochen werden: allerdings nur dann, wenn die Partei wieder das wird, was sie sein sollte – *ein* Mit-

tel zum Zweck der Veränderung. Das würde nun freilich eine intensive Auseinandersetzung mit der sozialen Realität erfordern, eine kritische Sichtung der Beiträge *aller* Theoretiker des Marxismus und der Arbeiterbewegung.
Die Gegenströmung dazu ist die Umbildung der Partei zur Sekte, die sich schon heute in Äusserungen wie „lieber sind wir Wenige und dafür unseren Parteigrundsätzen in voller Treue ergeben" abzeichnet. Derart befriedet, wird sich diese Sekte dann auch der Gewissheit hingeben können, sie bewahre den einzig „wahren" wissenschaftlichen Sozialismus, sprich Marxismus-Leninismus.

5. Bündnisfragen und alternative Bewegungen

Die gesellschaftlichen und ökonomischen Bedingungen haben sich in Westeuropa in den letzten Jahrzehnten dermassen verändert, dass unserer Meinung nach eine ständige Diskussion des komplexen Verhältnisses von Parteien, Bewegungen, theoretischen Zirkeln nötig ist. Politik läuft heute wesentlich nicht nur neben dem Staat im engeren Sinne ab, sondern auch an den Parteien vorbei. Schon längst formieren sich gesellschaftlich oppositionelle Kräfte nicht mehr allein ökonomischen Interessen entlang, sondern durch die verschiedenen Klassen hindurch. Zu behaupten, dass dies die kommunistischen Parteien nicht betreffe, heisst, sich von der politischen Realität im eigenen Land abzuwenden.
Deshalb ist auch die traditionelle Bündnispolitik der PdA für uns nicht mehr unbesehen übernehmbar. Die bornierte Ausrichtung auf die Sozialdemokratie verkennt gerade, dass sich heute wesentliche Bewegungen wie die der Frauen und die der Ökologisten auch von der traditionellen schweizerischen Arbeiterpartei abgewendet haben. Unser Erfolg war es, nach zähem Ringen und auch heute noch ständigem Kämpfen, Bündnisse mit der POCH durchgesetzt und die Diskussion um gemeinsame Aktionen mit der SAP befördert zu haben. Es stellt sich die Frage, ob Bündnispolitik noch so diskutiert werden kann, dass SP und Gewerkschaften, die grosse Teile der Arbeiterschaft – wie demoblisiert, wie saturiert diese auch immer seien – repräsentieren, hofiert werden, während aktive, oppositionelle Parteien und Bewegungen aus Gründen der „ideologischen Unreinheit" negiert bleiben.

6. Zur Mitarbeit der PdA in übergreifenden Projekten

Gerade gegenüber dem Projekt WIDERSPRUCH hat sich in der PdAZ wiederum ein Verständnis von Bündnispolitik gezeigt, das wir entschieden kritisieren. Dabei schimmert die Konzeption durch, WIDERSPRUCH-Redaktoren der PdAZ hätten zur Aufgabe, Artikel, die der Partei nicht genehm sind, zu verhindern. Die Zeitschrift – so wird wohl gedacht – sollte unter die Herrschaft der PdA-Doktrin gestellt werden.
Wir verstehen unsere Arbeit an dieser Zeitschrift freilich anders: die Redaktion erarbeitet ihr Konzept unabhängig von Parteien und Organisationen, die Artikel werden gemeinsam ausgewählt und keine Partei oder Organisation hat einen Anspruch darauf, zugunsten einer anderen weniger kritisierbar zu sein

– es sei denn, ihre politische Praxis gebe Anlass dazu. Gerade solche Praxis ist nun aber ein Grund dafür, dass die PdA mehrmals im Brennpunkt von WIDERSPRUCH-Artikeln steht.

Theoretisch steht hinter der Argumentationsweise unserer Kritiker ein Verständnis von Politik, das von einem ungebrochenen Avantgarde-Anspruch für die PdA und einem Hegemonieanspruch innerhalb der Linken zeugt. Was dies für die Konzeption des Sozialismus bedeutet, ist klar: Ein-Parteien-Staat (vielleicht mit Trabanten-Parteien), Gewerkschaften in Transmissionsriemen-Funktion, Staatsideologie. Unter dem Deckmantel der Hegemonie der Arbeiterklasse kommt die Hegemonie der „wahren" Arbeiterpartei daher und etabliert sich als *die* Partei *der* Arbeiterklasse.

Es ist noch anzufügen, dass diese in Zürich verfochtene Konzeption in den Programmen der PdAS nicht geteilt wird und diese Auffassung in Teilen der Westschweiz und im Tessin auch *praktisch* weitgehend verschwunden ist.

Perspektiven

Entscheidende Monate stehen vor der PdA. Auf der einen Seite steht der offene Wille, in Zürich mit den nun aus den Gremien entlassenen Kräften zu brechen, sie aus der Partei zu treiben – selbst auf die Gefahr hin, dass die PdAZ sich noch mehr zur Sekte macht. Gesamtschweizerisch findet in einem Jahr ein Programm-Parteitag statt. Die Führung scheint sich im Moment um eine Beilegung des Konfliktes zu bemühen, in der Hoffnung, nach dem Programm-Parteitag ein klareres Bild zu haben. Wir unterstützen die Bemühungen der schweizerischen Leitung, soweit uns dies noch möglich ist und ermöglicht wird. Allerdings halten wir taktische Kompromisse und inhaltliche Zweideutigkeiten, welche die offen zutage getretenen Widersprüche verkleistern statt austragen sollen, für keine Lösung der Konflikte. Ausweg aus der Krise kann für uns nur ein klares, die entscheidenden Fragen deutlich beantwortendes Programm sowie der Wille zu einer politischen Auseinandersetzung sein, die frei von dogmatischer Disziplinierung, Diffamierung und blind-traditionalistischer Besserwisserei stattfinden kann.

Franz Cahannes, Robert Kuster, Urs Rauber, Berthold Rothschild, Reto Tognina